Informationsstelle Peru e.V. | Kronenstraße 16 HH | 79100 Freiburg | GER

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland
S.E. Sabine Gabriele Bloch
Lima
Peru

Informationsstelle Peru e.V.
Red Solidaridad Alemania-Perú

Kronenstraße 16 HH
79100 Freiburg | Germany

info@infostelle-peru.de
www.infostelle-peru.de

T 0049-761–707 08 40
F 0049-761–70 98 66

Freiburg, 11.10.2022

Überwachung von Nichtregierungsorganisationen durch peruanische Streitkräfte

Sehr geehrte Frau Botschafterin,

in der peruanischen Nachrichtensendung „La Encerrona“ wurden vertrauliche Dokumente der peruanischen Armee und des Oberkommandos der Streitkräfte veröffentlicht, aus denen hervorgeht, dass die Streitkräfte zivilgesellschaftliche Organisationen, linke Politiker*innen und auch internationale Nichtregierungsorganisationen überwacht haben. Namentlich werden u.a. die peruanischen Organisationen **CooperAcción**, **Derechos Humanos sin Fronteras** und **Instituto de Defensa Legal** (**IDL)** sowie **Amnesty international** als Agenten der Destabilisierung und Bedrohung für die Demokratie verunglimpft.

Die Informationsstelle Peru arbeitet mit den genannten Organisationen seit vielen Jahren zum Schutz der Menschenrechte, der Rechte indigener Völker und der Umwelt vertrauensvoll zusammen.

Wir solidarisieren uns mit den betroffenen Organisationen und verurteilen das undemokratische und unrechtmäßige Vorgehen der Streitkräfte. Aufgabe der Streitkräfte ist es in erster Linie, Souveränität und territoriale Integrität des Staates zu garantieren und nicht, Institutionen zu verfolgen, zu untersuchen oder zu kriminalisieren, die die Rechte indigener Völker und anderer gefährdeter Gruppen verteidigen.

CooperAcción, IDL und Derechos Humanos sin Fronteras sind Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt in vom Bergbau betroffenen Regionen einsetzen. Sie tun dies auf transparente Art und Weise.

Wenn sie das Recht auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ausüben und fördern, so ist dies keine illegale Handlung, sondern vielmehr gute demokratische Praxis. Indem sie sich für die Garantie von individuellen und kollektiven Rechten einsetzen, verteidigen sie den Rechtsstaat.

Die Arbeit der betroffenen Organisationen entspricht den UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte und ist wichtiger Teil der globalen Sorgfaltspflichten in der Lieferkette, denen sich die Bundesrepublik Deutschland mit der Verabschiedung des Lieferkettengesetzes verpflichtet hat.

Wir sind sehr besorgt und empört über die Überwachung und Kriminalisierung der genannten NGOs. Deshalb bitten wir Sie als Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Peru:

- Fordern Sie den Präsidenten, die Justiz und den Kongress auf, eine umfassende Untersuchung dieser Vorfälle durchzuführen und die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.
- Weisen Sie die Überwachung und Kriminalisierung von demokratischen Organisationen durch die Streitkräfte zurück.
- Fordern Sie von der peruanischen Regierung ein, die uneingeschränkte Wahrnehmung des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und der Verteidigung der Menschenrechte zu garantieren – dies im Rahmen der UN-Leitlinien und des deutschen Lieferkettengesetzes.

Hochachtungsvoll

Heinz Schulze
Vorstand

Norma Driever
Vorstand

Zur Kenntnis an
den Botschafter der Republik Peru in Deutschland
die Länderreferentin Peru im BMZ
die Mitglieder des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ)